

Beschlußempfehlung und Bericht **des Ausschusses für Verkehr (15. Ausschuß)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Gila Altmann (Aurich) und der
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 13/4703 –**

Sozial- und umweltverträgliche Mobilität – eine Gestaltungsaufgabe für die Zukunft

A. Problem

Der Antrag fordert eine Neuorientierung der Verkehrspolitik zugunsten eines sozial- und umweltverträglichen Verkehrssystems. Die bisherige Verkehrspolitik habe einer fortlaufenden Zunahme des Pkw- und Lkw-Verkehrs Vorschub geleistet. Dem anhaltenden Verkehrszuwachs mit seinen negativen Auswirkungen stehe kein entsprechender Zugewinn an Mobilität gegenüber. Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Kommunen und Ländern erste Schritte zur Entwicklung eines sozial- und umweltverträglichen Verkehrssystems zu unternehmen.

B. Lösung

Der Ausschuß empfiehlt, den Antrag abzulehnen.

Mehrheit im Ausschuß

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden nicht erörtert.

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag – Drucksache 13/4703 – abzulehnen.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Der Ausschuß für Verkehr

Dr. Dionys Jobst
Vorsitzender

Monika Ganseforth
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Monika Ganseforth

I.

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag – Drucksache 13/4703 – in seiner 110. Sitzung am 13. Juni 1996 beraten und federführend an den Ausschuß für Verkehr sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuß, den Ausschuß für Wirtschaft, den Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung, den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau überwiesen.

Der Finanzausschuß hat am 25. September 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS empfohlen, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Wirtschaft hat am 13. November 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und F.D.P. gegen die Stimmen der Gruppe der PDS bei Abwesenheit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN für eine Ablehnung des Antrags votiert. Der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung hat am 13. November 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und bei Abwesenheit der Gruppe der PDS die Ablehnung der Vorlage empfohlen. Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat am 6. November 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD und der Gruppe der PDS vorgeschlagen, den Antrag abzulehnen. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat am 4. Dezember 1996 mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD Ablehnung empfohlen.

Der Ausschuß für Verkehr hat den Antrag in seiner Sitzung am 11. Dezember 1996 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD abgelehnt.

II.

Die Antragsteller fordern aus Anlaß eines von Naturschutzverbänden, kirchlichen und gewerkschaftlichen Gruppen am 16. Juni 1996 durchgeführten Aktionstages „Mobil ohne Auto“ eine Neuorientierung der Verkehrspolitik zugunsten eines sozial- und umweltverträglichen Verkehrssystems. Der Umbau des Verkehrssystems sei aus ökonomischer und öko-

logischer Sicht unvermeidlich. Die bisherige Verkehrspolitik habe lediglich einer weiteren Zunahme des Pkw- und Lkw-Verkehrs Vorschub geleistet. In Verbindung mit einer falschen Raumordnungs-, Finanz- und Förderpolitik sowie einer Reihe von wirtschaftlichen Faktoren sei eine Entwicklung ausgelöst worden, die im Ergebnis einen fortlaufenden Verkehrszuwachs induziere, ohne daß damit ein Gewinn an Mobilität verbunden sei. Die Vorlage gelangt darüber hinaus u. a. zu dem Ergebnis, daß der Autoverkehr die Entfaltungsmöglichkeiten und die soziale Entwicklung von Kindern erheblich beeinträchtigt, nichtmotorisierte Bevölkerungsgruppen Einschränkungen ihrer Mobilität hinnehmen müßten, die negativen Auswirkungen des Verkehrs auf die Umwelt immer dramatischer würden und die Energiebilanz des Verkehrssektors seine ökologische und ökonomische Ineffizienz belege. Die Antragsteller treten dafür ein, ein umwelt- und sozialverträgliches Verkehrssystem nach folgenden Zielvorgaben aufzubauen: Sicherung eines Höchstmaßes an spezifischer Beweglichkeit für alle Gruppen und Menschen, Gewährleistung der ökonomischen Effizienz, Beachtung der ökologischen Grenzen und Wiederherstellung der Urbanität der Städte (u. a. durch eine Vermeidung und Verminderung des motorisierten Verkehrs sowie eine Verlagerung des Verkehrs auf ressourcenschonende Verkehrsmittel). Die Bundesregierung wird aufgefordert, in Zusammenarbeit mit Kommunen und Ländern erste konkrete Schritte zur Entwicklung eines umwelt- und sozialverträglichen Verkehrssystems zu unternehmen. Dabei sollten die Mineralölsteuer im Rahmen einer ökologisch-sozialen Steuerreform schrittweise und kalkulierbar erhöht, die Alltagswege verkürzt und regionale Wirtschaftskreisläufe gestärkt, die Wettbewerbsposition der Schiene beim Personen- und Güterverkehr durch infrastrukturelle Verbesserungen und eine höhere Beteiligung des Straßenverkehrs an den straßengebundenen Infrastrukturkosten verbessert, der Zunahme des Flugverkehrs entgegengesteuert und die Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten auf die Entwicklung eines zukunftsfähigen Verkehrssystems konzentriert werden.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hob die Notwendigkeit hervor, in der Verkehrspolitik endlich zugunsten einer sozial- und umweltverträglichen Umgestaltung des Verkehrssystems umzusteuern. Der Antrag sei aus Anlaß des Aktionstages „Mobil ohne Auto“ formuliert worden und ziele besonders auf die große Gruppe der Menschen ab, die kein Auto besäßen, also ca. ein Drittel der Gesellschaft. Auch diese Menschen hätten ein Recht auf Mobilität. Der Wunsch, ohne Auto mobil sein zu können, sei in der Gesellschaft breit verankert. Allein hinter dem Aktionstag „Mobil ohne Auto“ hätten mehr als 600 Gruppen gestanden. Das Parlament sei aufgefordert, sich auch mit ihnen zu befassen.

Die Fraktion der SPD erklärte, die in der Vorlage vorgenommene Analyse sei hervorragend und finde ihre volle Zustimmung. Die Vorschläge zur Umgestaltung des Verkehrssystems deckten sich mit ihren Vorstellungen dagegen nur teilweise. Eine abweichende Position vertrete sie z. B. im Hinblick auf den Flugverkehr; einem Verbot von Kurzstreckenflügen bis 700 km werde sie nicht zustimmen. Sie werde sich deshalb der Stimme enthalten.

Demgegenüber betonte die Fraktion der CDU/CSU, sie messe dem Auto auch für die Zukunft eine wesentlich größere Bedeutung für die individuelle Mobilität zu als die Antragsteller; entsprechend negativ bewerte der Antrag die aus dem Autoverkehr abgeleiteten Parameter. Zwischen den von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Deutschen Bundestag vertretenen Positionen und der Politik, die diese Partei auf kommunaler Ebene betreibe, bestehe ein

erheblicher Unterschied, insbesondere in Fragen der Raumordnungspolitik. Viele Verkehrsprobleme würden erst dadurch geschaffen, daß kommunale Vertreter von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN darauf abstellten, Gewerbegebiete möglichst weit entfernt von Wohngebieten anzusiedeln. Die Fraktion der CDU/CSU werde den Antrag ablehnen.

Die Fraktion der F.D.P. erklärte, einigen Aussagen der Vorlage könne durchaus zugestimmt werden, so den Ausführungen, die auf eine bessere Verzahnung von Raumordnungspolitik, Strukturpolitik und anderer Politikbereiche abstellten. Im Hinblick auf die vorgeschlagenen Einzelmaßnahmen beständen dagegen erhebliche Meinungsunterschiede; ein Verbot von Kurzstreckenflügen unter 700 km lehne sie z. B. ab. Der vorgeschlagene Maßnahmenkatalog sei in sich nicht schlüssig. Die Fraktion der F.D.P. werde den Antrag ablehnen.

Bonn, den 11. Dezember 1996

Monika Ganseforth

Berichterstatlerin